

2009-11-09

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 29.10.2009

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 19:45 Uhr
Sitzungsort: Raum 270, Rathaus Dessau

Es fehlten:

Fraktion der CDU

Kolze, Jens

vertreten durch Herrn Rumpf

Fraktion Bürgerliste/DIE GRÜNEN

Giese-Rehm, Stefan

vertreten durch Herrn Busch

Fraktion der FDP

Plettner, Ulrich, Dr.

vertreten durch Herrn Maloszyk

Verwaltung

Raschpichler, Gerd, Dr., Beigeordneter für Gesundheit, Soziales, Bildung und Kultur

vertreten durch Herrn Wolfram

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses wurde durch den Oberbürgermeister, Herrn Koschig, eröffnet. Er stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit (zz. 9 Anwesende) des Gremiums fest.

2. Beschlussfassung der Tagesordnung

Als Änderung der vorgeschlagenen Tagesordnung gab Herr Koschig bekannt, dass die Vorlage zu 7.1 - Aufhebung der Flugpausenzeiten - zurückgezogen wird.

Zur somit geänderten Tagesordnung gab es Zustimmung.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 16.09.2009

Die Niederschrift der letzten Sitzung wurde genehmigt.

Abstimmungsergebnis: 5:0:4

4. **Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums**

Herr Koschig benannte die im nichtöffentlichen Teil der letzten Sitzung des Ausschusses gefassten Beschlüsse:

Vergabe des städtischen Objektes Schillerstraße 37 in Erbbaurecht

Aufhebung des Beschlusses DR/BV/071/2008/I-80 vom 23.04.2009 und Rückabwicklung eines Grundstückskaufvertrages

Unbefristete Niederschlagung der Gewerbesteuerforderung 1995 bis 1998 einschließlich steuerlicher Nebenleistungen (Nachzahlungszinsen, Säumniszuschläge und Mahn- sowie Beitreibungsgebühren) für eine GmbH

Befristete Niederschlagung der Forderungen für Grundbesitzabgaben 1997 bis 2002

Befristete Niederschlagung der Gewerbesteuerforderungen 2001 bis 2003 einschließlich steuerlicher Nebenleistungen für ein Privatunternehmen

Befristete Niederschlagung der Forderungen für Grundbesitzabgaben 1998 bis 2007 einschließlich Nebenforderungen für eine Aktiengesellschaft mit Niederlassung in Berlin

5. **Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters**

5.1 **Eilentscheidung des Oberbürgermeisters zum Konjunkturpaket II Maßnahme "Kranbahnverlängerung / Kaimauer Hafen Dessau-Roßlau" - Zuschuss an die Industriebahnhöfe Dessau-Roßlau GmbH Vorlage: DR/BV/391/2009/II-20**

Bezüglich der Eilentscheidung lt. BV 391/2009, welche auf die Subventionierung eines privatwirtschaftlichen Unternehmens aus dem Haushalt der Stadt hinausläuft, brachte **Herr Bönecke** sein Befremden zum Ausdruck. Seines Erachtens wäre auch Zeit gewesen, zumindest einen Ausschuss (Finanz- oder Haupt- und Personalausschuss) zu beteiligen. Aus der Vorlage gehe nicht hervor, warum dies nicht geschehen ist. Herr Bönecke beantragte, dass diese Maßnahme innerhalb kurzer Zeit vom Rechnungsprüfungsamt überprüft wird.

Es handelt sich um eine Maßnahme aus dem Konjunkturpaket II, merkte **Herr OB Koschig** an. Hier ist die Beteiligung der Stadt vorgeschrieben. **Frau Beigeordnete Nußbeck** ergänzte, die Eilentscheidung machte sich erforderlich, weil der Antrag über die Kommune gestellt werden muss und andernfalls die Fristen verloren gegangen wären. Ferner liegt ein Beschluss des Aufsichtsrates des Unternehmens vor, der diese Maßnahme ausdrücklich befürwortet.

Die Entscheidungsgremien der Stadt nicht mitzunehmen, halte er dennoch für nicht tragbar, betonte **Herr Bönecke**. Der Antrag sei am 04.08. gestellt worden, der Aufsichtsrat habe ihn bereits am 08.09. behandelt, spätestens in der Septembersitzung des Haupt- und Personalausschusses hätte die Vorlage eingebracht werden können.

Insgesamt war die Maßnahme schon länger bekannt, führte **Herr Koschig** aus. Als das Konjunkturpaket zu Hilfe kam, sei man davon ausgegangen, dass das Unternehmen diese Maßnahme mit der Investitionsbank allein bestreiten kann. Erst Ende September wurde bekannt, dass der Antrag durch die Stadt gestellt werden muss.

Man könne das Thema hier gern grundsätzlich bereden und die Bewilligung könne zurückgenommen werden, erklärte **Frau Nußbeck**. Es wurde noch nichts ausgegeben.

Herr Schönemann merkte an, im Interesse der Sache sollte man nicht leichtfertig Möglichkeiten verspielen und den Beschluss so akzeptieren.

Die Eilentscheidung des Oberbürgermeisters wurde zur Kenntnis genommen.

6. Öffentliche Anfragen und Informationen

6.1 Herstellung der Rechtmäßigkeit der Jagdgenossenschaften der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: DR/IV/089/2009/II-36

Die Information über die Herstellung der Rechtmäßigkeit der Jagdgenossenschaften der Stadt Dessau-Roßlau wurde zur Kenntnis genommen.

6.2 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

- **OB Koschig** informierte über eine vorgesehene **Pressemitteilung** zum nunmehr erteilten Haftbefehl gegen den Lebensgefährten der Mutter des im Städtischen Klinikum infolge der schweren Verletzungen verstorbenen Kleinkindes Jason. Der Wortlaut der Pressemitteilung wurde zur Einsicht den Mitgliedern des Haupt- und Personalausschusses zur Kenntnis gegeben.

Im Hinblick auf die allgemeine Entwicklung im Rettungsdienst und Katastrophenschutz und die ehrenamtlichen Strukturen in der Stadt beantragte **Herr Schönemann** das Rederecht für Herrn Siebenhüner, Kreisgeschäftsführer des DRK, für einen Sachstandsbericht und um darzulegen, was in den ehrenamtlichen Strukturen diskutiert wird.

Der Haupt- und Personalausschuss erteilte Herrn Siebenhüner das Rederecht.

Herr Siebenhüner verwies auf ein Schreiben des Landesverwaltungsamtes vom 24.08.2009 an die Stadtverwaltung. Hierin wird mitgeteilt, dass Fahrzeuge des Katastrophenschutzes (6) in verschiedenen Varianten verschenkt werden sollen - geschenkt zu den Bedingungen des Bundes. Die Stadt hat die Möglichkeit der Organisation, sie kann die Fahrzeuge selbst übernehmen, an andere Organisationen oder in einen Landespool geben. Die genannten „Bedingungen des Bundes“ seien nicht genau definiert. Auf Nachfrage wurde mitgeteilt, dass die Betriebskosten zu übernehmen sind, Fahrzeuge zu ersetzen seien und alles, was mit dem Fahrzeug in Verbindung steht, betreffe. Dies habe zu lebhaften Diskussionen im ehrenamtlichen Bereich geführt und stelle nicht nur das DRK, auch die Johanniter Unfallhilfe, vor große Probleme. Man könne als Verband nicht für die Kosten aufkommen.

- **Frau Beigeordnete Nußbeck** bestätigte den Eingang dieses Schreibens und führte aus, man habe bereits reagiert und Verwunderung zum Ausdruck gebracht, wie das Land seine Verantwortung im Katastrophenschutz sieht. Es wurde zunächst nicht signalisiert, dass wir die „Geschenke“ annehmen wollen. Zurzeit werden Varianten geprüft, wie es gehandhabt werden kann. Zunächst werde die Antwort des Landesverwaltungsamtes abgewartet.

Herr OB Koschig informierte, er werde demnächst an einer Konferenz der Hauptverwaltungsbeamten der Landkreise und kreisfreien Städte teilnehmen, wo er dieses Problem ansprechen wird. Des Weiteren werde sich der zuständige Amtsleiter kurzfristig mit den Organisationen in Verbindung setzen, merkte Herr Koschig an. Frau Nußbeck ergänzte, dass für den 4. November bereits ein Termin mit dem DRK vereinbart wurde.

- Sich auf die beschlossene und durch die Landesbehörde genehmigte Schulentwicklungsplanung beziehend, informierte **Herr Wolfram, Leiter des Schulverwaltungsamtes**, dass hierin die Grundschule Mosigkau mit Hort mit der Lösung, die Schule Winklerstraße dafür herzurichten, eine große Rolle spielte. Die Zustimmungen durch das Landesverwaltungsamt und die Investitionsbank sind erteilt. Planungen, Vergabe und Realisierung sehen vor, dass die Arbeiten bis Mitte April abgeschlossen sein sollen. Ein Umziehen der Schule mitten im Schuljahr sei aber nicht sinnvoll. Der Umzug soll deshalb in den Sommerferien erfolgen. Herr Wolfram werde dies alles am 4. November im Ortschaftsrat Kochstedt erläutern.
- Über den „Zug der Erinnerung“, welcher an das Schicksal ermordeter Kinder und Jugendlicher in der NS-Zeit erinnert, informierte Herr Wolfram. Der Zug wird vom 22. bis 24. November 2009 Station in Dessau-Roßlau machen. Die Stadt wird diese Aktion verantwortungsbewusst begleiten.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

7. Beschlussfassungen

7.1 Aufhebung der Flugpausenzeiten für den Flugplatz Dessau-Roßlau Vorlage: DR/BV/304/2009/I-12

- zurückgestellt -

7.2 Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer in der Stadt Dessau-Roßlau (Hebesatzsatzung) Vorlage: DR/BV/400/2009/II-20

Gegen die Beschlussfassung der Satzung sprach sich **Herr Dreibrodt** aus. Er begründete es dahingehend, dass sie nicht den Buchstaben des Fusionsvertrages entspricht und entgegen den Zusagen für die Roßlauer vor der Fusion steht. Herr Dreibrodt bat die Mitglieder des Ausschusses, sich der Gegenstimme anzuschließen. Er übergab dem Oberbürgermeister einen Änderungsantrag zur Beschlussvorlage für die Sitzung des Stadtrates am 11.11.2009.

Herr Koschig merkte an, wenn der Stadtrat dem Antrag von Herrn Dreibrodt folgt, werde er prüfen, ob das dem geltenden Recht entspricht.

Man sollte hier einen Schlusstrich ziehen und die Satzung wie vorliegend beschließen, um nicht im nächsten Jahr erneut zu diskutieren, mahnte **Herr Bönecke** an. Angesichts der von der Kämmerei geschilderten finanziellen Situation sollte man überdenken, ob nicht Solidarität gegenüber allen Bürgern der Stadt geübt werden könnte. Das würde auch andere Steuersätze betreffen, die evtl. vereinheitlicht werden sollten.

Herr Ehm merkte an, sein Standpunkt richte sich nach wie vor z. B. gegen die Gewerbesteuer. Hier bewege sich die Anpassung aber im Rahmen des gesetzlichen.

Diese hier vorgebrachte Argumentation wurde von **Herrn Busch** unterstützt. Er merkte an, man könne nicht fordern, ohne Lösungsansätze aufzuzeigen.

Das Festhalten am Fusionsvertrag sei richtig und unstrittig, erklärte **Herr Bönecke**. Es dürfe aber nicht dazu führen, auf einem Status quo zu beharren, wo man noch nicht die wirtschaftliche Entwicklung vorausschauen konnte.

Die Fraktion könne die Beweggründe von Herrn Dreibrodt nachvollziehen, sieht aber, in welcher Situation sich die Stadt befindet, führte **Herr Eichelberg** aus. In dieser Situation könne man

erwarten, dass auch der Stadtteil Roßlau seinen Beitrag leistet. Die Fraktion der SPD, außer Herrn Dreibrod, wird also geschlossen ihre Zustimmung zur Vorlage geben.

Herr Schönemann stellte voran, man habe keinen Fusionsvertrag, sondern nur eine Willensbekundung und vereinbarte Regelungen. An dieser Stelle werde man aber aufgrund des Versprechens entscheiden, den Roßlauer Ambitionen zustimmen zu wollen.

Herr Rumpf gab zu bedenken, dass sich der Stadtrat politisch positionieren könne. Wenn man die Haushaltssatzung für 5 Jahre festschreibe, wird das Landesverwaltungsamt dies beanstanden. Es sei eine politische Entscheidung.

Fünf Jahre entsprechen der Höchstgrenze, betonte **Herr Bönecke**, es gibt kein Gesetz, das zwingend 5 Jahre vorschreibt. Der Gesetzgeber habe sich hier für einen bestimmten Zeitraum festgelegt, weshalb er dafür plädiere, sich daran zu halten. Der Schaden für die Stadt wäre ungleich höher, wenn das Landesverwaltungsamt es beanstandet.

Eigentlich wäre es ein Verstoß gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz, merkte **Herr Westhagemann, Leiter des Rechtsamtes**, an. Das wäre nur hinnehmbar für bis zu 5 Jahre. Insofern habe der Landesgesetzgeber auch 3 Jahre für ausreichend angesehen.

Er sei eigentlich ein Verfechter der Einhaltung von Verträgen, führte **Herr Maloszyk** aus. Hier gehe es aber um eine Bekundung, deren Erfüllung uns per Gesetz aus der Hand genommen wurde. Seines Erachtens sei es schwieriger, wenn Steuern nachträglich erhoben werden müssen, dies später den Bürgern in Roßlau zu erklären.

Seine Begründung wiederholend, betonte **Herr Dreibrod**, der Gesetzgeber habe sich nur konkret geäußert hinsichtlich der Kreisgesetzgebung, nicht zum Ortsrecht. Hier existiere eine Regelungslücke, die eine Chance bietet und genutzt werden sollte.

Abschließend merkte **OB Koschig** an, er sehe es als eine Diskussion über die Köpfe der Roßlauer Bürger hinweg an. Es war allen klar, dass es mit der Fusion Übergangsregelungen gibt und eines Tages gleiche Sätze gelten. Er bat darum, Sicherheit und Klarheit für die Bürger zu geben.

Der Haupt- und Personalausschuss stimmte der Beschlussvorlage zur Hebesatzsatzung mehrheitlich zu. **Abstimmungsergebnis:** 5:3:2

Der von Herrn Dreibrod übergebene Änderungsantrag wird dem Präsidium des Stadtrates übergeben.

7.3 **Änderung der Hauptsatzung** **Vorlage: DR/BV/340/2009/II-30**

Herr Westhagemann, Leiter des Rechtsamtes, erläuterte, dass ein großer Teil der in der Beschlussvorlage vorgeschlagenen Änderungen der Hauptsatzung bereits im letzten Jahr im Hauptausschuss beschlossen worden waren. Es gebe noch weiteren Änderungsbedarf, so dass seitens der Verwaltung vorgeschlagen wird, die Vorlage als Arbeitspapier zu bestätigen, um die Hauptsatzung überarbeitet zur Behandlung und Beschlussfassung im Stadtrat am 16. Dezember 2009 vorlegen zu können.

Die dann erarbeitete Beschlussvorlage sollte in einer anderen, besser nachvollziehbaren Fassung vorgelegt werden, evtl. sollten neue Texte rot oder anders hervorgehoben gekennzeichnet werden, regte **Herr Bönecke** an.

Die Fraktion Pro Dessau-Roßlau habe sich zu mehreren Punkten verständigt, fuhr Herr Bönecke fort. So würde der Einbeziehung berufener Bürger nicht zugestimmt und die Ausweitung der Beiräte abgelehnt.

Die Mitwirkung berufener Bürger in beratenden Ausschüssen werde seitens der Fraktion Die Linke ebenfalls abgelehnt, teilte **Herr Schönemann** mit, schränkte aber ein, dass diese aber in Beiräten arbeiten sollten. Des Weiteren spreche sich die Fraktion gegen die Umbenennung der bisherigen Ausschüsse „Bauwesen, Verkehr und Umwelt“ sowie „Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus“ aus.

Herr Beigeordneter Hantusch gab zu bedenken, dass in nächster Zeit eine Vielzahl von Entscheidungen auf dem Gebiet der Stadtentwicklung zu treffen sind, die aber nicht in den Wirtschaftsausschuss gehören. Die gesamte Raumplanung werde demnächst im Stadtplanungsamt integriert. In seiner Entgegnung verwies **Herr Schönemann** darauf, dass beides zum gleichen Dezernat gehört und sich damit nicht widerspreche, auch tragen die Strukturänderungen noch nicht. Herr Hantusch schlug vor, die Problematik in der nächsten Sitzung am 18.11.2009, welche vom Wirtschafts- und vom Bauausschuss gemeinsam durchgeführt wird, zu diskutieren.

Auf Nachfrage von **Herrn Busch** zu § 1 Ziffer 10 erwiderte **Herr Koschig**, dass man einen Gestaltungsbeirat berufen und diesem die Aufgaben des Kunstbeirates übertragen will. In den Beiräten sollen sachkundige Einwohner gehört werden.

Zu den sachkundigen Bürgern bestehe seinerseits Konsens, erklärte **Herr Eichelberg**, nicht beschließende Ausschüsse können sich die Unterstützung von sachkundigen Einwohnern holen. Er sei aber nicht für die Bildung zu vieler Beiräte.

Man solle die Zahl der Beiräte nicht über Gebühr ausweiten und die Mitarbeit von sachkundigen Bürgern auf ein Minimum beschränken, äußerte ebenfalls **Herr Maloszyk**. Es stehe jedem Ausschuss und Beirat offen, bestimmte Leute einzuladen.

Er kenne Beispiele, bei denen Beiräte mehr kaputt gemacht als geholfen haben, merkte **Herr Bönecke** an. Nachdem ihm bestätigt wurde, dass die sachkundigen Bürger kein Stimmrecht hätten, regte Herr Bönecke an, als Kompromiss Beiräte komplett abzuschaffen und dann sachkundige Bürger in Ausschüsse zu berufen.

Herr Eichelberg stellte dar, in den genannten (beratenden) Ausschüssen für je 3 sachkundige Bürger zu sein. Fachliche Beratung sei wichtig, es dürfe aber nicht passieren, dass sich ein Beirat verselbständigt.

Er warne davor, von der Abschaffung des Seniorenbeirates zu reden oder davon, den Integrationsbeirat nicht zu brauchen, merkte **Herr Koschig** an. Wie gesagt, könne man den Kunst- und Gestaltungsbeirat zusammenführen. Der Wirtschaftsbeirat habe sich entwickelt und berät den Oberbürgermeister bzw. zuständigen Beigeordneten.

Herr Eichelberg stellte richtig, er habe nicht diese genannten Beiräte abgelehnt, er sei nur dafür, keine zusätzlichen Beiräte zu bilden.

Die Satzungen für die Beiräte müssen stimmig sein und Zuständigkeiten klar regeln, bestätigte **Herr Schönemann**.

Beim Integrationsbeirat sei seine Fraktion differenzierter Auffassung, erklärte **Herr Bönecke**. Er berge die Gefahr, dass bestimmte Personenkreise hier eine Plattform haben, das Negativimage der Stadt zu pflegen. Die Stadt habe aber sehr viel getan, sich ausländerfreundlich zu zeigen und zu profilieren.

Der Gestaltungsbeirat spreche Empfehlungen aus, gleiches müsse für alle anderen Beiräte gelten, führte **Herr Maloszyk** aus. Sie sollen grundsätzlich nur Empfehlungen für die Beschlüsse der politischen Gremien geben. Die beratende Funktion muss eindeutig fixiert werden.

Gegen die Aussage, man benötige keinen Integrationsbeirat, sprach sich **Herr Busch** aus. **Oberbürgermeister Koschig** fügte an, die Stadt müsse sich den Problemen mit oder ohne Beirat stellen.

Frau Lohde, CDU, erinnerte daran, dass die CDU-Fraktion einen Antrag eingebracht hatte, zu prüfen, ob es richtig ist, dass die DWG-Gesellschafterversammlung lediglich aus dem Oberbürgermeister besteht. Dieser war damals zurückgezogen worden, weil versichert wurde, dass es eine Angleichung der unterschiedlichen Gesellschafterverträge erfolgen soll. Frau Lohde fragte, wie weit die Anpassung vorgenommen worden ist, konkret in der DWG.

Der Entwurf der Beteiligungsrichtlinie sei zweimal in Gremien beraten worden, erwiderte **Frau Nußbeck** und wies darauf hin, dass sie in dieser Woche in überarbeiteter Form ausgegeben wurde. In dieser sind Mustergesellschafterverträge enthalten. Die Fraktionen haben 14 Tage Zeit, sich damit zu befassen und Gelegenheit für Rücksprachen mit der Verwaltung. Danach geht die Vorlage in die Beratungsfolge Finanzausschuss, Haupt- und Personalausschuss und letztlich Stadtrat. Des Weiteren ist in der Gemeindeordnung klar geregelt, dass der OB die Gesellschafterversammlung in dem Fall ist. Bestimmte Gesellschafterrechte kann nur der Stadtrat ausüben. In der Anlage 7 werde dies explizit ausgeführt.

Die Debatte zusammenfassend stellte **Herr Koschig** fest bzw. ließ nochmals abstimmen zu folgenden Festlegungen:

1. Die überarbeitete Hauptsatzung wird komplett mit farblichen Markierungen ausgereicht.
2. Die Neu- bzw. Umbenennung der Ausschüsse wird in der gemeinsamen Beratung des Wirtschafts- und des Bauausschusses nochmals beraten. Dem Beratungsergebnis wird gefolgt.
3. Zur vorgeschlagenen Änderung wie unter 2. zur Fassung des § 4 Abs. 2 Satz 2 Sachkundige Einwohner in der Vorlage genannt, gab es unterschiedliche Auffassungen. Es erfolgte dazu eine Abstimmung mit dem Ergebnis der Zustimmung (5:3:2).
4. Zu den unter Punkt 10 im einzufügenden § 14 a vorgeschlagenen Beiräten gab es nach nochmaliger Abstimmung (mit 7:1:2 Stimmen) Einverständnis.

Abschließend informierte Herr OB Koschig, dass vorgesehen ist, einen Entwurf der Satzung über die Verleihung von Ehrenbürgerrechten, -preisen und -bezeichnungen auszureichen.

Die ausgereichte Vorlage DR/BV/340/2009/II-30 wurde als Arbeitspapier zur Kenntnis genommen.

7.4 Änderung der Geschäftsordnung **Vorlage: DR/BV/353/2009/II-30**

Zur Vorlage äußerte sich zunächst **Herr Dreibrodt**. Er brachte seine Ablehnung zum Beschlussvorschlag zum Ausdruck. Mit dieser Änderung würden Grundrechte des einzelnen Stadtrates beschnitten, was nicht sein könne.

Dazu legte **Oberbürgermeister Koschig** dar, dass die Gemeindeordnung dazu klare Regelungen vorgibt, die einzuhalten sind. Der Beschlussvorschlag wurde auf Initiative des Präsidiums des Stadtrates, nicht der Verwaltung, eingebracht. Man könne aber auch die Änderung dahingehend vornehmen, dass es mindestens zwei Stadträte sein müssen, die einen Beschlussantrag stellen können.

Seitens der **Mitglieder des Ausschusses**, Herrn Eichelberg, Herrn Bönecke, Herrn Maloszyk, Herrn Busch, Herrn Rumpf und Herrn Schönemann wurde Ablehnung des Beschlussvorschlages signalisiert. Herr Bönecke führte näher aus, es könne nicht sein, dass ein einzelner Stadtrat nicht das Recht hat, den Auftrag seiner Wähler zu erfüllen, indem er dem Gremium einen Vorschlag zur Entscheidung oder Beratung unterbreitet. Es sei eine Frage der Qualität der Arbeit des Präsidiums, er halte aber eine solche Regelung im Rahmen der Geschäftsordnung für verfassungsrechtlich bedenklich.

Die Änderung der Geschäftsordnung im § 7 Abs. 1 wurde mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: 2:8:0

7.5 Übertragung der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung der Stadt Dessau-Roßlau auf die DESWA **Vorlage: DR/BV/406/2009/II-30**

Die Begründung zur Vorlage wurde von Frau Nußbeck erläutert. Es gab keine Nachfragen.

Der Haupt- und Personalausschuss stimmte dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

7.6 Erarbeitung und Herausgabe einer dreibändigen wissenschaftlichen Stadtgeschichte von Dessau-Roßlau **Vorlage: DR/BV/242/2009/V-41**

Das Vorhaben wurde von **Herrn Bönecke** grundsätzlich begrüßt. Dennoch ergaben sich Fragen zur Höhe der Auflage dieses doch aufwändigen Werkes, zur Preisgestaltung und zum Vorgehen bezüglich des Autorenwettbewerbes.

Herr Dr. Kreißler, Leiter des Stadtarchivs, erläuterte, die Auflage werde als ausreichend angesehen, auch der Preis sei moderat. Es gebe außerdem die Möglichkeit einer Nachauflage. Hinsichtlich des angesprochenen Wettbewerbes stellte er richtig, dass ein solcher nicht vorgesehen ist, man habe schon Autorengespräche geführt und mit dem Redaktionskollegium abgesprochen.

(Bei dem angeführten Wettbewerb handelt es sich um einen Schreibfehler. Auf Seite 8 unten muss es in der Tabelle zu den Ausgaben in Jahresscheiben anstelle „Literaturwettbewerb“ richtig heißen „Literaturerwerb“.)

In der weiteren Diskussion wurde über die Höhe der Auflage und die mögliche weitere Verwendung (Gastgeschenke, Präsente von Firmen nach Subskriptionsabfrage) gesprochen. Herr **OB Koschig** wies darauf hin, die Verwaltung benötige zunächst einen Beschluss, ob es Zustimmung für ein solches Vorhaben gibt, um in notwendige Verhandlungen mit dem Verlag treten zu können.

Der Haupt- und Personalausschuss stimmte der Vorlage einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

7.7 Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe zur Finanzierung der Kindereinrichtung "Mäuseland" des Städtischen Klinikums **Vorlage: DR/BV/401/2009/V-51**

Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig angenommen.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

**7.8. Radverkehrsachse Fläming-Elbe
Bau eines multifunktionalen Weges im Abschnitt Natho-Mühlstedt
- Maßnahmebeschluss -
Vorlage: DR/BV/309/2009/VI-66**

Auf Nachfrage von Herrn Bönecke erläuterte **Herr Link**, Sb ÖPNV-Aufgabenträger Radverkehr im Tiefbauamt, die Maßnahme könne mit Fördermitteln im Rahmen des Konjunkturprogramms II realisiert werden. Bei Straßen, bei denen die Gebührensatzung zutrifft könne dieses nicht genutzt werden. Die Verkehrsachse stelle eine wichtige Verbindung mit dem nördlichen Teil der Stadt dar und trägt wesentlich dazu bei, dass Dessau-Roßlau zusammenwächst und den Naturraum Mittlere Elbe - Fläming anbindet.

Die Vorlage wurde mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 8:0:1 *Hinweis: Herr Rumpf war bei diesem Tagesordnungspunkt*

**7.9 Maßnahmebeschluss Verkehrsmanagementsystem zwecks Beteiligung am
Förderprojekt Verkehrslage Mitteldeutschland
Vorlage: DR/BV/338/2009/VI-66**

Auf Nachfrage von Herrn Maloszyk erläuterte **Herr Beigeordneter Hantusch**, bei der „Intermodalen Verkehrslage“ handelt es sich um alle Verkehrsbetreiber, also auch Wasser, Schiene. Zur effektiven Nutzbarkeit führte er aus, es seien gute Logistiker angeschlossen, welche dieses System nutzen. Die Stadt Dessau-Roßlau beteilige sich auch, um die Ampelschaltungen effektiv nutzen zu können.

Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig angenommen.

Abstimmungsergebnis: 9:0:0 *Hinweis: Herr Busch war bei diesem Tagesordnungspunkt nicht anwesend*

**7.10 Maßnahmebeschluss für zusätzliche ÖPNV-Investitionen 2009
Vorlage: DR/BV/376/2009/VI-66**

Der Maßnahmebeschluss wurde einstimmig gefasst.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

**7.11 Maßnahmebeschluss Ausbau der Coswiger Straße
Vorlage: DR/BV/383/2009/VI-66**

Der Haupt- und Personalausschuss stimmte der Maßnahme einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

11. Schließung der Sitzung

Nach Herstellung der Öffentlichkeit zur Sitzung wurde diese durch den Vorsitzenden des Haupt- und Personalausschusses, OB Koschig, geschlossen.

Dessau-Roßlau, 09.12.09

Oberbürgermeister Klemens Koschig
Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss

E. Baumer
Schriftführerin